

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00210/2009

Entschließungsantrag zu den Steuersenkungsplänen der neuen Bundesregierung

Beschlüsse:

16.11.2009	Stadtvertretung
004/StV/2009	4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.
Es liegen folgende Ersetzungsanträge der Fraktionen vor:

1.1 Ersetzungsantrag CDU/FDP-Fraktion

Die Stadtvertretung möge anstelle der DS 00201/2009 Folgendes beschließen:
„Die Stadtvertretung begrüßt die geplante Entlastung von Familien und Unternehmen durch die Bundesregierung. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages von 6.024 Euro auf 7.008 Euro sowie die Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro stärkt auch die Familien in der Landeshauptstadt Schwerin. Von der Absenkung des Umsatzsteuersatzes bei Beherbergungskosten auf 7 Prozent profitiert die Hotelbranche. Diese Maßnahmen sollen mittelfristig auch zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen. Hiervon wird Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusland Nr. 1 in Deutschland besonders profitieren. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich in geeigneter Weise auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Finanzierung dieser Entlastungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Verhältnis zu ihrer jeweiligen finanziellen Leistungskraft verteilt wird. Es kann daher keine wesentlichen zusätzlichen Belastungen für die Kommunen geben.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1.2 Ersetzungsantrag SPD-Fraktion, Fraktion Die LINKE

Der Beschlussvorschlag im Antrag „Entschließungsantrag zu den Steuersenkungsplänen der neuen Bundesregierung“ wird wie folgt ersetzt:

I.
Bereits ohne Steuersenkung fehlen den Kommunen in Deutschland durch Einnahmefälle

wegen der Wirtschaftskrise 8 Milliarden Steuereinnahmen. Das vorliegende Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Schwarz-Gelben Koalition wird die Kommunen bundesweit im nächsten Jahr mit rd. 865 Millionen Euro und in den Jahren 2011 bis 2014 mit jährlich rund 1,56 Milliarden Euro neu belasten. Weitere 24 Milliarden Euro Steuerentlastungen sollen noch kommen. Unsere Stadt steht bereits jetzt finanziell mit dem Rücken zur Wand. Weitere Einnahmeverluste führen am Ende zwangsläufig zu höheren Kita-Beiträgen, weniger neuen Ganztagschulen, weniger Jugendsozialarbeit, Kürzungen bei Bibliotheken, bei den Sportvereinen und bei der Seniorenarbeit. Und diese Politik führt zur Demontage der kommunalen Selbstverwaltung und gefährdet die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben.

II.

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

1. ist besorgt über die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen. Die Mindereinnahmen werden nächstes Jahr etwa 30 und 2011 etwa 40 Millionen Euro betragen. Das ist Geld, das dem Land und uns Kommunen effektiv fehlen wird. Mit 35 Millionen Euro könnte in unserem Land und in unserer Stadt z.B. der Kita – Betreuungsschlüssel von 1:18 auf 1:13 gesenkt werden.
2. kritisiert, dass die Steuerentlastungen fast ausschließlich Besserverdienenden zugute kommen. Das gilt vor allem für die Erhöhung des Kinderfreibetrages. Viele Familien in unserer Stadt werden davon nichts bekommen. Die Kinderarmut wird zunehmen. Familien, die von Hartz IV leben müssen, gehen leer aus. Auch bei Alleinerziehenden wird das Kindergeld in den meisten Fällen nicht ankommen. Der Bund gibt insgesamt 4,6 Mrd. Euro aus. Unserem Land fehlt dagegen das Geld für dringende soziale Vorhaben, so z.B. für das kostenlose Mittagessen an Grundschulen oder Kitas.
3. verbindet mit der Mehrwertsteuerabsenkung im Beherbergungsgewerbe die Erwartung, dass die zum Teil skandalös niedrigen Löhne der dort Beschäftigten erhöht werden.
4. erwartet vom Bund, dass er die mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz beabsichtigten steuerlichen Erleichterungen selbst finanziert, in dem er z.B. seinen Einkommenssteueranteil entsprechend reduziert, so dass die Belastungen der Länder und Kommunen nicht mehr anfallen. Auch bei der Gewerbesteuerentlastung drängt sich zur Gegenfinanzierung ein entsprechender Verzicht des Bundes auf die Gewerbesteuerumlage auf.
5. ruft die Oberbürgermeisterin und alle in der Schweriner Stadtvertretung vertretenen demokratischen Parteien auf, sich auf allen Ebenen für eine ökologische, solidarische und sozial gerechte sowie kommunale Selbstverwaltung erhaltende Wachstumspolitik einzusetzen.

2.

Der Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

I.

Bereits ohne Steuersenkung fehlen den Kommunen in Deutschland durch Einnahmeausfälle wegen der Wirtschaftskrise 8 Milliarden Steuereinnahmen. Das vorliegende Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Schwarz-Gelben Koalition wird die Kommunen bundesweit im nächsten Jahr mit rd. 865 Millionen Euro und in den Jahren 2011 bis 2014 mit jährlich rund 1,56 Milliarden Euro neu belasten. Weitere 24 Milliarden Euro Steuerentlastungen sollen noch kommen. Unsere Stadt steht bereits jetzt finanziell mit dem Rücken zur Wand. Weitere Einnahmeverluste führen am Ende zwangsläufig zu höheren Kita-Beiträgen, weniger neuen Ganztagschulen, weniger Jugendsozialarbeit, Kürzungen bei Bibliotheken, bei den Sportvereinen und bei der Seniorenarbeit. Und diese Politik führt zur Demontage der kommunalen Selbstverwaltung und gefährdet die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben.

II.

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

1. ist besorgt über die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen. Die Mindereinnahmen werden nächstes Jahr etwa 30 und 2011 etwa 40 Millionen Euro betragen. Das ist Geld, das dem Land und uns Kommunen effektiv fehlen wird. Mit 35 Millionen Euro könnte in unserem Land und in unserer Stadt z.B. der Kita – Betreuungsschlüssel von 1:18 auf 1:13 gesenkt werden.
2. kritisiert, dass die Steuerentlastungen fast ausschließlich Besserverdienenden zugute kommen. Das gilt vor allem für die Erhöhung des Kinderfreibetrages. Viele Familien in unserer Stadt werden davon nichts bekommen. Die Kinderarmut wird zunehmen. Familien, die von Hartz IV leben müssen, gehen leer aus. Auch bei Alleinerziehenden wird das Kindergeld in den meisten Fällen nicht ankommen. Der Bund gibt insgesamt 4,6 Mrd. Euro aus. Unserem Land fehlt dagegen das Geld für dringende soziale Vorhaben, so z.B. für das kostenlose Mittagessen an Grundschulen oder Kitas.
3. verbindet mit der Mehrwertsteuerabsenkung im Beherbergungsgewerbe die Erwartung, dass die zum Teil skandalös niedrigen Löhne der dort Beschäftigten erhöht werden.
4. erwartet vom Bund, dass er die mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz beabsichtigten steuerlichen Erleichterungen selbst finanziert, in dem er z.B. seinen Einkommenssteueranteil entsprechend reduziert, so dass die Belastungen der Länder und Kommunen nicht mehr anfallen. Auch bei der Gewerbesteuerentlastung drängt sich zur Gegenfinanzierung ein entsprechender Verzicht des Bundes auf die Gewerbesteuerumlage auf.
5. ruft die Oberbürgermeisterin und alle in der Schweriner Stadtvertretung vertretenen demokratischen Parteien auf, sich auf allen Ebenen für eine ökologische, solidarische und sozial gerechte sowie kommunale Selbstverwaltung erhaltende Wachstumspolitik einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

bei 21 Dafür-, 18 Gegenstimmen beschlossen